

XIX. GP-NR
Nr. 152 **/J**
1994 -12- 15

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Maitz
und Kollegen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend "Politische Bildung"

Eines der zahlreichen Unterrichtsprinzipien in den Lehrplänen der einzelnen Schularten ist "Politische Bildung (einschließlich Staatsbürgerliche Erziehung und Friedenserziehung)". Diese seit rund 15 Jahren in unserem Schulsystem verankerte Bildungs- und Erziehungsaufgabe wird in der Praxis mitunter vernachlässigt; sei es durch den Druck der überfrachteten Lehrpläne, sei es, daß zwar mehrere Lehrpersonen (Geschichte, Wirtschaftskunde und Religion werden im Lehrplan explizit genannt) zuständig sind, sich jedoch niemand wirklich verantwortlich fühlt.

Konfrontiert mit den mancherorts festzustellenden Radikalisierungstendenzen unter Jugendlichen und in diesem Zusammenhang auch mit rechtsradikalem Gedankengut, kann man auch in einem künftig wirtschaftlich geeinten Europa nur dann selbstbewußt ausgebildete österreichische Staatsbürger erwarten, wenn jene die Werte der Demokratie, die Möglichkeiten des Engagements in wesentlichen öffentlichen Einrichtungen und die Bedeutung der aktiven Auseinandersetzung mit der Politik vermittelt bekommen.

Sowohl die österreichische Bundesschülervertretung (BSV) als auch die größte Schülerorganisation Österreichs, die Schülerunion, wünschen sich als Grundvoraussetzung für das Erreichen des genannten Unterrichtszieles, daß politische Bildung als ein eigenes Pflichtfach mit zwei Wochenstunden für zwei Jahre, möglichst in der 11. und 12. Schulstufe, eingeführt wird. Dabei merken die Schülervertreter an, daß sich das Hauptproblem in der AHS stelle. An den BHS existiert das Fach "Staatsbürgerkunde", das teilweise in "Politische Bildung" umbenannt wurde, was aber wegen fehlender inhaltlicher Korrekturen nicht ohne Kritik abliefe. Ähnliche Vorschläge von Bildungspolitikern der Steiermark beinhalten die 8. und 9. Schulstufe für ein solches Fach sowie für die Abschlußklassen weiterführender Schulen.

-2-

Zur näheren Information der Abgeordneten über mögliche Lösungen für "Politischen Bildung" stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e:

- 1) Welche Lehrbehelfe wurden in den vergangenen Jahren seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst in Zusammenarbeit mit Fachleuten zur Verwirklichung des Unterrichtsprinzips "Politische Bildung" erarbeitet?
- 2) Gibt es Erfahrungsberichte und Entwicklungsvorschläge über die Erfüllung und Neugestaltung dieser Bildungs- und Erziehungsaufgabe interdisziplinären Charakters?
- 3) In welchen Schularten kommt "Politische Bildung" in Form von entsprechenden Lehrplanfächern über das Unterrichtsprinzip hinaus zum Einsatz?
- 4) Welche Möglichkeiten eröffnete die "Oberstufenreform" und die 14.SCHOG-Novelle in Zusammenhang mit "Politischer Bildung?"
- 5) Wie gestaltet sich die Lehreraus- und Weiterbildung zur "Politischen Bildung"? Wieviele Lehrer nahmen daran teil?